

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Ing. Mag. Volker Reifenberger
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Verlängerung des Grundwehrdienstes und Wiedereinführung von verpflichtenden Milizübungen (Umsetzung des Modells „Österreich PLUS“)**

Die FPÖ vertritt als einzige Parlamentspartei eine klare und transparente Linie in der Wehrdienstdebatte. Bereits im Rahmen der schlussendlich gescheiterten Regierungsverhandlungen mit der ÖVP zu Beginn der Gesetzgebungsperiode hat die FPÖ sich für eine Verlängerung des Grundwehrdienstes und verpflichtende Milizübungen nach dem Modell „8+2“ starkgemacht. Die ÖVP lehnte diese Forderungen damals ab.¹

Die von Bundesministerin Tanner im Juni 2025 eingesetzte Wehrdienstkommission hat am 20. Jänner 2026 ihr Ergebnis präsentiert, sich für eine Verlängerung des Grundwehrdienstes ausgesprochen und das Modell „Österreich PLUS“ empfohlen:

„Das Modell „Österreich PLUS“ sieht Grundwehrdienst in der Dauer von 8 Monaten vor. Die Grundwehrglieder absolvieren eine Truppenausbildung und sind umfassend einsetzbar. Anschließend sind Milizübungen in der Dauer von insgesamt zwei Monaten zur Auffrischung und Erweiterung der Fertigkeiten der Soldaten vorgesehen.“²

Zudem sieht das präferierte Modell eine Verlängerung des Wehrrersatzdienstes/ Zivildienstes auf mindestens 12 Monate vor.³

„Folgende Punkte waren für die Entscheidung für das Modell ‚Österreich PLUS‘ ausschlaggebend:

- *Am effektivsten in Bezug auf die zeitnahe Deckung des qualitativen und quantitativen Personalbedarfs sowie der geforderten militärischen Reaktionsfähigkeit;*
- *effizienteste Möglichkeit zur Leistung des Wehrdienstes oder eines entsprechend angepassten Ersatzdienstes;*
- *geringste Auswirkungen auf die Wirtschaft;*
- *geringste Auswirkungen auf das Budget;*
- *höchste Passung mit der bisherigen strategischen Kultur Österreichs und der gesamtgesellschaftlichen Wehrbereitschaft;*
- *schnellste Möglichkeit zur Wiederherstellung der vollumfänglichen personellen Einsatzbereitschaft des Österreichischen Bundesheers.“⁴*

Die Wehrdienstkommission folgte dementsprechend den langjährigen Vorschlägen der FPÖ und lieferte eine fundierte sowie klar ausformulierte Präferenz hinsichtlich einer Verlängerung des Wehrdienstes. Doch anstatt dieser zu folgen, stiftete Bundes-

¹ https://epicenter.works/fileadmin/medienspiegel/user_upload/Gesamtprotokoll_04022025_final-clean.pdf, S. 68, 75 (aufgerufen am 17.04.2026)

² Bericht der Wehrdienstkommission 2025, S. 58
https://www.bmlv.gv.at/archiv/a2026/pdf/Bericht_WDK_20260120.pdf (aufgerufen am 17.04.2026)

³ Bericht der Wehrdienstkommission 2025, S. 46

⁴ Bericht der Wehrdienstkommission 2025, S. 59

kanzler Christian Stocker größtmögliche Verwirrung, indem er – unabgesprochen mit den anderen Koalitionsparteien – eine Volksbefragung einforderte, ohne zu benennen, was konkret abgefragt werden sollte.⁵

Derartigen Dilettantismus der Bundesregierung kann sich Österreich sicherheitspolitisch nicht leisten. Zum Schutze unseres Landes, seiner Bevölkerung und unserer Neutralität ist folgerichtig das Modell „Österreich PLUS“ umzusetzen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Änderung des Wehrgesetzes sowie des Zivildienstgesetzes vorzulegen, welche die Umsetzung des von der Wehrdienstkommission präferierten Modells „Österreich PLUS“ zum Schutze unseres Landes, seiner Bevölkerung und Neutralität vorsieht.“


(Reizberger)


Kopper


Andreas Fögle


Bjork


Bjork

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Landesverteidigungsausschuss zuzuweisen.

⁵ <https://orf.at/stories/3420456/> (aufgerufen am 17.04.2026)

